



Pressemitteilung

AG 60plus der NRWSPD

Datum: 13. Mai 2014

Zur aktuellen Diskussion über eine angeblich drohende Altersentlassungswelle erklärt der Landesvorstand der AG 60plus der NRWSPD:

auf seiner Sitzung am 13. Mai hat der nordrhein-westfälische Landesvorstand der SPD Arbeitsgemeinschaft 60 plus zur angeblich drohenden Altersentlassungswelle infolge der Einführung der "Rente mit 63" nach 45 Versicherungsjahren beschlossen:

- 1. Die NRW - AG 60 plus begrüßt das Vorhaben der Großen Koalition als einen Weg, der undifferenzierten Position einer "Rente mit 67" - oder gar darüber - entgegen zu wirken.*
- 2. Sicherlich sind Befürchtungen hinsichtlich eines deutlich früheren Ausscheidens aus dem Arbeitsleben und damit eines Aderlasses von Fachkräften unter Inanspruchnahme einer AG1-Finanzierung - ggf. nebst möglicher Arbeitgeberzuschüsse - nicht unbegründet.*
- 3. Daher unterstützen wir zur Abwehr derartiger "Versuchungen" den Vorschlag des DGB zur Wiedereinführung der Arbeitgeber-Erstattungspflicht bei Entlassungen Älterer. Sozialkosten müssten dann für "freigesetzte" Arbeitnehmer/innen zwischen 61 und 63 Jahren von den Unternehmen getragen werden.*